Stand: 03.07.2025 23:17:39

Initiativen auf der Tagesordnung der 10. Sitzung des LA

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1997 vom 26.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2746 des LA vom 12.06.2024
3. Initiativdrucksache 19/2134 vom 14.05.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2761 des LA vom 12.06.2024
5. Initiativdrucksache 19/2226 vom 17.05.2024
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2762 des LA vom 12.06.2024
7. Initiativdrucksache 19/2260 vom 03.06.2024
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2764 des LA vom 12.06.2024
9. Initiativdrucksache 19/2305 vom 04.06.2024
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2765 des LA vom 12.06.2024
11. Initiativdrucksache 19/2343 vom 06.06.2024
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2770 des LA vom 12.06.2024
13. Initiativdrucksache 19/2311 vom 04.06.2024
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2768 des LA vom 12.06.2024
15. Initiativdrucksache 19/2313 vom 04.06.2024
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2769 des LA vom 12.06.2024

Antrag

der Abgeordneten **Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Kristan Freiherr von Waldenfels, Sebastian Friesinger, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zwischenbericht zu den Ergebnissen des Praktikerrats

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über die Zwischenergebnisse des neu einberufenen Praktikerrats zu berichten.

Begründung:

Der Praktikerrat wurde Ende Januar 2024 einberufen. Das Gremium hat zwei Schwerpunktaufgaben: einerseits die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2028, und andererseits den Abbau überbordender Bürokratie, die bei den Landwirten zu großer Frustration führt.

Beide Themen sind für die politische Arbeit des Landwirtschaftsausschusses essenziell.

Aus diesem Grund ist es angezeigt, einen zeitnahen ersten Zwischenbericht über die Arbeit des Praktikerrats zu geben und ggf. diesen Bericht zu verstetigen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel
u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/1997**

Zwischenbericht zu den Ergebnissen des Praktikerrats

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Sascha Schnürer**
Mitberichterstatlerin: **Mia Goller**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Kristan Freiherr von Waldenfels, Sebastian Friesinger, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Pflanzenschutzmittel – Sachkundenachweis: Fort- bzw. Weiterbildungszeitraum von drei Jahren auf sechs Jahre erweitern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, den Fort- und Weiterbildungszeitraum beim Pflanzenschutzmittel-Sachkundenachweis von aktuell drei Jahren auf sechs Jahre zu erweitern.

Begründung:

Personen, die Pflanzenschutzmittel für den professionellen Einsatz erwerben oder ausbringen, brauchen einen speziellen Sachkundenachweis. Um den Sachkundenachweis überhaupt zu bekommen, müssen bereits entsprechende fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten z. B. in Form eines einschlägigen Berufsabschlusses oder einer ähnlichen Ausbildung vorhanden sein.

In der Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung ist in § 9 Abs. 4 geregelt, dass jeweils innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren ab der erstmaligen Ausstellung dieses Sachkundenachweises zusätzlich eine von der zuständigen Behörde anerkannte Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme wahrgenommen werden muss. Wird diese Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme nicht erbracht, kann der Sachkundenachweis widerrufen werden.

Die Fort- oder Weiterbildung bedeutet für die Teilnehmer alle drei Jahre neben dem erforderlichen Zeitaufwand auch Kosten. Es ist davon auszugehen, dass Personen, die regelmäßig Pflanzenschutzmittel anwenden, auch über die erforderlichen Kenntnisse für die Anwendung verfügen und sorgsam mit Pflanzenschutzmitteln umgehen.

Auch im Sinne einer Entbürokratisierung erscheint es deshalb gerechtfertigt, den Fort- oder Weiterbildungszeitraum von aktuell drei Jahren auf sechs Jahre auszuweiten.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel
u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/2134**

**Pflanzenschutzmittel - Sachkundenachweis: Fort- bzw. Weiterbildungszeitraum
von drei Jahren auf sechs Jahre erweitern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Dr. Petra Loibl**
Mitberichterstatler: **Harald Meußgeier**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungZustimmung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Forstschädlinge und Effizienz der Schädlingsbekämpfung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über den Schädlingsbefall in bayerischen Wäldern zu berichten. Dabei ist auf folgende Fragestellungen einzugehen:

1. Welche Schäden wurden seit dem letzten Waldbericht in bayerischen Wäldern verzeichnet (aufgeschlüsselt nach Art der Schäden und jeweiliger Region/Landkreis, Auflistung der Schadensursachen, geordnet nach Schadinsekten/Wettereinflüsse/Sonstiges in Prozent des Gesamtschadens, monetäre Verluste für die Holzwirtschaft)?
2. Was ist der Staatsregierung über die Schädlingsanfälligkeit des Baumbestandes im Zusammenhang mit dem Altersdurchschnitt bekannt (aufgeschlüsselt nach Hauptbaumarten, Alter und Region)?
3. Welche konkreten Maßnahmen zum Schutz der bayerischen Wälder wurden vonseiten der Staatsregierung in Anbetracht der derzeit angespannten Situation getroffen?
4. Wie schätzt die Staatsregierung die künftige Kostenentwicklung für Schutzmaßnahmen zum Erhalt der bayerischen Wälder ein?
5. Welche Pflanzenschutzmittel für welche Art von Forstschädlingen sind derzeit zugelassen und stehen diese für eine Bekämpfung in ausreichender Menge zur Verfügung?
6. Wie lange betragen die durchschnittlichen Liegezeiten des gefällten Holzes?
7. Wie hoch ist das durchschnittliche Alter der Waldbestände in Bayern (getrennt nach Nadelholz und Laubbäumen)

Begründung:

Das Bayerische Waldgesetz verpflichtet die Staatsregierung, „die Schutzfähigkeit, Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Waldes dauerhaft zu sichern und zu stärken“. Durch vermehrte Trockenheit und andere Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Forstwirtschaft muss der Schädlingsbekämpfung weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt werden. Dabei ist es wichtig, den Informationsfluss stetig aufrechtzuerhalten, da der Turnus des Waldberichtes hierfür nur bedingt ausreicht und Schäden bereits innerhalb eines Jahres deutlich zunehmen können.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und
Fraktion (AfD)**

Drs. 19/2226

Forstschädlinge und Effizienz der Schädlingsbekämpfung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ralf Stadler**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Fahrzeuge, Effizienz und Wirtschaftlichkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über die Wirtschaftlichkeit von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und sonstigen Fahrzeugen mit Elektroantrieb zu berichten.

Dabei ist auf folgende Fragestellungen einzugehen:

1. Wie hoch sind die Gesamtkosten von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und sonstigen Fahrzeugen mit Elektroantrieb gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen mit Dieselantrieb bei gleicher Ausstattung und Motorleistung?
2. Wie teilen sich die Gesamtkosten auf nach Kaufpreis, Betriebs- und Wartungskosten sowie Wertverlust (wirtschaftliche Abschreibung)?
3. Wie hoch ist der voraussichtliche Wertverlust bei Fahrzeugen mit Elektroantrieb im Vergleich zu herkömmlichen Fahrzeugen mit Dieselantrieb bei gleicher Ausstattung und Motorleistung?
4. Wie lange beträgt die durchschnittliche Haltbarkeit und Betriebsdauer (in Betriebsstunden) der E-Akkus gegenüber der Betriebsdauer von herkömmlichen Fahrzeugen mit Dieselantrieb?
5. Wie lange dauert das Aufladen von E-Akkus bei landwirtschaftlichen Zugmaschinen und sonstigen Fahrzeugen mit Elektroantrieb?
6. Wie hoch sind die Entsorgungskosten bei Fahrzeugen mit Elektroantrieb?
7. Sind staatliche Vergünstigungen beim Kauf von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und sonstigen Fahrzeugen mit Elektroantrieb geplant, ähnlich wie bei der ehemaligen Umweltprämie bei Elektroautos?
8. Wie wird die zukünftige Entwicklung der Stromkosten gegenüber Diesel eingeschätzt?
9. Wie fällt die Ökobilanz von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und sonstigen Fahrzeugen mit Elektroantrieb gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen mit Dieselantrieb aus unter Berücksichtigung der Herstellung und Entsorgung von E-Akkus?
10. Welche Erkenntnisse aus dem Praxisbetrieb von landwirtschaftlichen Zugmaschinen und sonstigen Fahrzeugen mit Elektroantrieb liegen bereits vor?
11. Ist die Leistung bei Elektroantrieb, speziell bei Bodenbearbeitung, sowie bei Erntemaschinen ausreichend und vergleichbar mit Dieselantrieb?

Begründung:

Neben E-Autos gibt es bereits einige Fahrzeuge in der Landwirtschaft, die vollelektrisch angetrieben werden. Landwirte könnten damit ihren selbsterzeugten Strom aus Photovoltaik- oder Biogasanlagen nutzen.

Der Markt für Elektrotraktoren in Deutschland ist allerdings überschaubar. Von den großen Traktorherstellern hat Fendt als erster in diesem Jahr die Serienproduktion für einen elektrisch angetriebenen Traktor aufgenommen mit der Bezeichnung e100 Vario.

„Der Schweizer Traktorenhersteller Rigitrac baut bereits seit 2023 mit dem SKE 40 einen batterieelektrischen Traktor in Serienproduktion. Abgesehen von einigen weiteren ausländischen Marken für kleine Kompakttraktoren gibt es in Deutschland keinen elektrisch angetriebenen Traktor zu kaufen. Der CNH-Konzern steht im gleichen Leistungsbereich mit den Marken New Holland und Case IH bereits in den Startlöchern. John Deere kündigte für 2026 einen Elektrotraktor im Kompaktbereich an. Es gibt aber auch einige Start-ups und Forschungsprojekte, sie sich mit Elektrotraktoren beschäftigen.“

Über den Listenpreis der Elektrotraktoren machen die Hersteller noch keine Angaben. Auch Fendt verrät noch keine Details. Der Elektrotraktor soll 60 bis 70 Prozent teurer als der vergleichbare Diesellokale 207 Vario sein“ (Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt 20.04.2024) Der Listenpreis wird auf rund 210.000 Euro geschätzt.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft förderte bis vor kurzem den Mehrpreis von Elektrotraktoren mit 40 Prozent.

Der Antrieb, vor allem der Akku, ist der größte Unsicherheitsfaktor. Laut Experten kann der Akku bei E-Autos fast die Hälfte des Kaufpreises ausmachen.

Anstelle eines Treibstofftanks gibt es bei vollelektrischen Zugmaschinen eine Batterie, die aufgrund ihrer geringen Energiedichte die Einsatzdauer allerdings einschränkt. Batterie-elektrische Konzepte sind deshalb nur bei kleineren Fahrzeugen mit geringen Leistungsanforderungen zu finden. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von praxistauglichen Beispielen wie z. B. die elektrischen Hof- und Radlader.

Die meisten Hersteller von E-Autos geben auf den Akku mittlerweile acht Jahre Garantie. Doch laut einer Umfrage von DAT-Marktforschung (DAT = Deutsche Automobil Treuhand GmbH) hält nur ein Viertel der Menschen das E-Auto für alltagstauglich. Ähnlich dürfte es auch bei landwirtschaftlichen Zugmaschinen mit Elektroantrieb sein.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und
Fraktion (AfD)**

Drs. 19/2260

**Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Fahrzeuge, Effizienz und Wirtschaftlich-
keit**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ralf Stadler**
Mitberichterstatter: **Sascha Schnürer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Paul Knoblach, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Weidepakt für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Weidepakt ins Leben zu rufen, um die Weidetierhaltung in Bayern zu erhalten und wieder auszubauen. Der Weidepakt soll dazu maßgebliche Leitsätze für politische Entscheidungen und Handeln formulieren. Auf die multiplen Bedrohungen und Herausforderungen, wie Klimawandel, Herdenschutz, Tiergesundheit oder Hofaufgaben soll darin ebenso eingegangen werden wie auf Maßnahmen auf bayerischer Ebene, die den Wert dieser besonders tierwohlgerichten Form der Nutztierhaltung für Natur, Landschaft, Tourismus und regionale Lebensmittelerzeugung stärken.

Begründung:

Die natürliche Beziehung zwischen Wiederkäuern und Grasland ist das Ergebnis einer jahrtausendealten Evolution. Rinder, Schafe und Ziegen sind perfekte Grasverwerter und können auf extensiv beweidetem Grünland dabei helfen, Kohlenstoff zu speichern. Weidetierhaltung trägt wesentlich zu einer gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung bei und fügt sich ein in regionale und ökologische Ernährungsstrategien, die zugleich das Lebensmittelhandwerk in Bayern stärken können.

In ihrer Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mia Goller und Christian Hierneis zur „EU-Konsultation zur Rückkehr des Wolfs“ schreibt Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber: „Die Weidetierhaltung als besonders tierwohlgerichte Form der Nutztierhaltung ist aus naturschutzfachlichen, landeskulturellen und sozioökonomischen Gründen für den Erhalt unserer Kulturlandschaften unverzichtbar. Die vorhandene Weidewirtschaft mit Rindern, Schafen und Ziegen garantiert den Erhalt einer breiten Biodiversität für Flora und Fauna im bayerischen Voralpenraum sowie in den verschiedenen (sic!) Mittelgebirgsregionen. Eine alternative Pflege durch maschinelle oder in Extremlagen manuelle Bewirtschaftung würde zu nicht tragbaren Kosten führen und könnte die Wirkung der Beweidung nur zu einem geringen Teil ersetzen. Hinzu kommt, dass die touristisch sehr attraktive und durch hohe Buchungszahlen stark nachgefragte bayerische Kulturlandschaft mit vielen kleingliedrigen Wechseln von Wald und Weide ihre Anziehungskraft verlieren würde.“

Doch trotz dieser bestätigten Unverzichtbarkeit und entgegen allen Image-Idyllen liegt Bayern bei der Weidetierhaltung von Rindern deutlich unter dem deutschen Schnitt. Laut der Statistischen Erhebung von 2019 lag in Bayern, dem Bundesland, in dem die meisten Rinder gehalten werden, der Anteil der Weidenutzung mit 17 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 31 Prozent. In Niedersachsen, dem Land mit dem zweitgrößten Rinderbestand, standen 34 Prozent der Rinder auf der Weide.

Die bayerischen Betriebe mit Weidehaltung brauchen mehr Unterstützung. Die Koexistenz von Weide und Wolf ist ein komplexes Problem und ein wichtiges Thema, aber nicht das Einzige. Auch die aktuell drohende Einstufung der Weidehaltung durch den Lebensmitteleinzelhandel auf zu niedriger Stufe sorgt für Unsicherheit. Und der Klimawandel macht eine Anpassung der Weidehaltung unumgänglich. Eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der weidetierhaltenden Betriebe braucht gute Beratung und verlässliche Aussagen zu Tierschutz und Arbeitswirtschaft, zu betrieblichen Alternativen und Kooperationsmodellen und zu Vermarktungsaspekten.

Der Weidepakt sollte auf die Forschung und Erfahrung der Landesanstalt für Landwirtschaft aufbauen und von der Staatsregierung mit weidetierhaltenden Bäuerinnen und Bauern, den Verbänden für Landespflege, Natur- und Tierschutz sowie dem Lebensmitteleinzelhandel ausgearbeitet und geschlossen werden, um der gesellschaftlichen Relevanz gerecht zu werden.

Der Weidepakt soll die Weidetierhaltung in Bayern stärken, gutes Weidemanagement fördern und dazu beitragen, dass wertvolle Weideflächen erhalten werden und die Zahl der Weidetiere in Bayern deutlich steigt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/2305**

Weidepakt für Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Mia Goller**
Mitberichterstatler: **Johann Groß**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Kristan Freiherr von Waldenfels, Sebastian Friesinger, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Eindämmung der Vespa Velutina

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Vespa Velutina aufzulegen und alle vorhandenen Möglichkeiten zur Unterstützung der Imkerei und der Landwirtschaft und im Interesse des Naturschutzes und des Artenschutzes in Bayern einzusetzen.

So sollen unter anderem

- das bestehende und bewährte Meldesystem „Bee Warned“ ausgebaut werden,
- die ehrenamtlich tätigen Hornissen- und Wespenberater Funde und Meldungen im „BeeWarned“ einpflegen können,
- Imker, interessierte Berater und „Velutinabekämpfer“ Schulungsprogramme der ANL (Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege) und des IBI (Institut für Bienenkunde und Imkerei an der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau) wahrnehmen und eine Zertifizierung bekommen können,
- Fortbildungsmaßnahmen auch durch Imkerverbände und Landschaftspflegeverbände, sofern eine Qualifizierung vorliegt, durchgeführt werden können.

Begründung:

Die Ausbreitung der Vespa Velutina in verschiedenen Regionen Bayerns stellt eine zunehmende Herausforderung, nicht nur für die Imkerei und Landwirtschaft, sondern auch für den Natur- und Artenschutz, dar. Wie Erfahrungen in benachbarten Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen, aber auch seit kurzem in Österreich zeigen, breitet sich die Asiatische Hornisse mit dem Faktor 10 aus. Die Asiatische Hornisse bedroht damit auch die Bestäubungsaktivitäten, die für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. In Berichten aus Frankreich wird zudem von einem Einfluss auf die Biodiversität berichtet.

Darüber hinaus stellt sie für die Arbeiter im Obst- und Weinbau eine erhebliche Bedrohung dar. Das gehäufte Auftreten kann zu mehr Hornissenstichen und zu vermehrten anaphylaktischen Schocks führen. Ergänzend wird erwartet, dass die Asiatische Hornisse im Herbst die reifen Obst- und Weintraubenbestände durch Fruchtfraß schädigt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind von essenzieller Bedeutung, um auf lokaler Ebene Früherkennung und angemessenes Handeln sicherzustellen.

Die Implementierung eines Monitoring- und Meldesystems, insbesondere durch die Nutzung von „Bee Warned“, in das auch die Hornissen- und Wespenberater aktiv eingebunden werden können, ermöglicht eine zeitnahe Reaktion auf Sichtungen der *Vespa Velutina*. Die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, Naturschutzorganisationen und Imkervereinen stellt sicher, dass die gesammelten Informationen effektiv genutzt werden, um Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung zu ergreifen.

Es ist wichtig zu betonen, dass derzeit noch die Unteren Naturschutzbehörden (UNB) aktiv werden, wenn ein identifiziertes Nest der *Vespa Velutina* vorliegt. Werden Individuen von *Vespa Velutina* gesichtet, erfolgt die Suche des Nestes bisher durch ehrenamtliche Mitglieder des örtlichen Imkervereins. Anschließend beauftragt die örtliche UNB Schädlingsbekämpfer, die dann mit geeigneten Maßnahmen und Mitteln das Nest entfernen. Dazu braucht es in Bayern in allen Regionen geschulte Velutinabekämpfer sowie einen Anreiz für die Nestdetektion.

Um die Qualität der Schulungsinhalte sicherzustellen, sollen diese zertifiziert werden. Dies gewährleistet, dass die Hornissen- und Wespenberater über standardisierte und verlässliche Informationen verfügen. Des Weiteren soll geprüft werden, inwieweit Imkervereine und Landschaftspflegeverbände in das Schulungsprogramm integriert werden können.

Die im Jahr 2023 gesammelten Erfahrungen in Unterfranken wurden in Form eines Erfahrungsberichtes zusammengestellt, diesen gilt es gemeinsam mit dem Abschlussbericht der eingesetzten Task-Force als Grundlage für den zu erstellenden Aktionsplan zu nutzen. Der Aktionsplan soll vergleichbar mit dem Bayerischem Aktionsplan Wolf die rechtliche Situation, das Monitoringprogramm die Detektion, die Entnahme von Nestern und die Bekämpfung beschreiben.

Herangezogen werden können auch die Erfahrungen von betroffenen Nachbarstaaten wie Frankreich, das am 11. April 2024 einen Gesetzentwurf zur Prävention und Bekämpfung verabschiedet hat.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl
u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/2343**

Eindämmung der Vespa Velutina

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Sebastian Friesinger**
Mitberichterstatterin: **Ruth Müller**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bienen kennen keine Grenzen – wissenschaftliche Zusammenarbeit bayerischer und tschechischer Imker im Jubiläumsjahr ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die wissenschaftliche Zusammenarbeit bayerischer und tschechischer Imker im 20. Jubiläumsjahr des EU-Beitritts Tschechiens vor dem Hintergrund des fortschreitenden Artenschwundes ausgebaut werden kann, insbesondere im Hinblick auf Bienenkrankheiten und -schädlinge sowie Züchtungen.

Begründung:

Die Imkereien in Bayern und im benachbarten Tschechien stehen vor den gleichen Herausforderungen: Als Folge des Klimawandels wächst die Bedrohung heimischer Honigbienen durch invasive Arten, wie etwa der asiatischen Hornisse. Ebenso breiten sich Krankheiten, wie die amerikanische Faulbrut, oder Krankheitserreger wie die Varroamilbe aus. Neben der Gefahr des Artenschwundes würde sich ein Rückgang der (Honig-)Bienen auch auf die Honigproduktion massiv auswirken.

Damit die Imkereien diese Probleme effizient und nachhaltig lösen können, wäre ein grenzübergreifender digitaler Austausch über Methoden zur Krankheits- und Schädlingsbekämpfung, aber auch über neue Züchtungen, hilfreich. Hierfür könnte eine Datenbank oder App eingerichtet werden, in der Imker ihre Erkenntnisse einspeisen, die anschließend von Bienenkundlern vor der Freigabe wissenschaftlich geprüft werden.

Mit diesem Pilotprojekt könnte die Staatsregierung Vorbild für eine grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich von Artenschutz und Nahrungsmittelsicherheit sein und auch ihre Wertschätzung gegenüber der wichtigen Arbeit der Imkereien ausdrücken. Deswegen wird die Staatsregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesanstalt für Wein- und Gartenbau und mit den entsprechenden tschechischen Behörden ein Maßnahmen- und Förderpaket zu erarbeiten, vorzustellen und umzusetzen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Gießhammer
u.a. SPD**
Drs. 19/2311

**Bienen kennen keine Grenzen - wissenschaftliche Zusammenarbeit bayerischer
und tschechischer Imker im Jubiläumsjahr ausbauen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Die Überschrift wie folgt gefasst:

„Bienen kennen keine Grenzen – Austausch mit tschechischen Bieneninstituten und Imkern ausbauen mit dem Ziel, ein Beobachtungs- und Frühwarnsystem für invasive Schädlinge und Bienenkrankheiten zu etablieren“

2. In Satz 1 wird das Wort „Imker“ durch das Wort „Bieneninstitute“ ersetzt.

Berichterstatlerin: **Ruth Müller**
Mitberichterstatler: **Sebastian Friesinger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griebßhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Klimaresiliente Landwirtschaft fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Vielfalt von Agroforstsystemen stärker in den Blick der landwirtschaftlichen Beratungspraxis zu nehmen. Agroforstsysteme können als Teil des landwirtschaftlichen Klimaschutzes verstanden werden, wenn sie umfassender als bisher genutzt werden.

Hierzu sollen:

- land- und forstwirtschaftliche Betriebe hinsichtlich der unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten von silvopastoralen, silvoarablen und agrosilvopastoralen Kombinationsmöglichkeiten beraten werden,
- die Entwicklung von Agroforstsystemen in die land- und forstwirtschaftliche Ausbildung aufgenommen werden,
- die Forschung zum Einsatz von digitalen Landwirtschaftsmethoden begleitend unterstützt werden,
- die bürokratischen Hemmnisse im Rahmen des Bürokratieabbau-Programms reduziert werden, um eine möglichst schnelle Implementierung von Agroforstsystemen zu erreichen,
- geprüft werden, welche Förderprogramme für den Anbau von Pflanzen und Gehölzen aufgelegt werden können.

Begründung:

Klimaschutz bedeutet auch Menschenschutz und dazu können auch unsere bayerischen landwirtschaftlichen Betriebe beitragen, indem mehr Agroforstsysteme entstehen. Als Schlüssel für eine nachhaltige Landwirtschaft und auch Forstwirtschaft unterstützen sie Wassermanagement, tragen zur Biodiversität bei und schützen als strukturreiche Flurlandschaft die Kulturlandschaft gegen Wetter- und Klimaeinflüsse wie Hitze, Wind, Trockenheit und Starkregenereignisse. Darüber hinaus sind sie wertvolle Räume für Klein- und Niederwild und tragen zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Mit dem Ausbau von Agroforstsystemen kann eine Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe stattfinden und beispielsweise durch die Kombination mit schnell wachsenden Energiehölzern das Betriebseinkommen verbessern.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Gießhammer
u.a. SPD
Drs. 19/2313**

Klimaresiliente Landwirtschaft fördern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Müller**
Mitberichterstatler: **Sascha Schnürer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende